

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Juni 2013, 23. Jahrg.

Endlich Ferien!

In Brandenburg sind vom 20. Juni bis 4. August Sommerferien. Wie wär's da mit einem Besuch im Eberswalder Zoo, der auch mit schönen Spielmöglichkeiten lockt? Die Kreistagsfraktion der LINKEN hatte sich am 13. Mai über die Verwendung der 500.000 € informiert, die der Landkreis Barnim jedes Jahr dazuschießt. „Eintrittspreise konnten seit 2009 stabil gehalten werden“, urteilte der Vorsitzende des Zoobeirates, André Stahl (LINKE).

Landesweite Bildungsthemen haben noch vor den Sommerferien ihren Abschluss gefunden. „Was falsch läuft, muss man korrigieren“, erläutert die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Margitta Mächtig, in einem Interview nötige Korrekturen von Beschlüssen der SPD/CDU-Vorgängerregierung in Brandenburg. Lesen Sie zur „Einschulung mit 6 Jahren“, zu Vergleichsarbeiten, Inklusion, Klassenfahrten als Dienstfahrten der Lehrer und zum Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab August 2013 **auf Seite 5**. Foto: ph



Finowfurt Nazifrei

1.000 Menschen gegen Rechtsrockkonzert/Nächste Aktion am 17. August geplant



Breites Bündnis gegen Rechts, mit dabei: Sebastian Walter (Straßenrand vorn), Kreisvorsitzender der LINKEN, Foto: F. Müller

Von Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der LINKEN Seit 7 Jahren ist das Privatgrundstück des bekannten Neonazis Klaus Mann in Finowfurt zu einem Zentrum des Rechtsrock in Brandenburg geworden. Allein 2011 fanden von insgesamt 12 rechten Konzerten im Land, 9 in Finowfurt statt. Klaus Mann ist ein Reisender durch fast alle rechten Organisationen, die diese Republik zu bieten hat. Er war Landesvorsitzender der DVU, aktives Mitglied der NPD, hatte immer gute Kontakte zu sogenannten „Freien Kräften“ und ist mittlerweile Landesvorsitzender der Partei „Die Rechte“. Er nutzt sein Privatgelände zur Verbreitung von rechter und menschenverachtender

Ideologie. Finowfurt wurde zum Mekka für rechte Musik und dessen Fans. Für den 18. Mai hatte Klaus Mann ein „Benefizkonzert für Kameraden in Not“ angekündigt, also eine Spenden-sammlung für rechte Gewalttäter, die im Gefängnis sitzen. 13 Bands waren angekündigt, 30.000 € sollten zusammenkommen. Seit Jahren gab es Versuche der Gemeinde und vieler anderer Aktiver aus der Region, Widerstand zu organisieren und den braunen Umtrieben etwas entgegen zu setzen. Das aus vielen Organisationen, Parteien und Vereinen bestehende regionale Bündnis „Finowfurt Nazifrei“ und die lokale „Aktion BUNTE Schorfheide“ setzten nun am 18. Mai erstmals gemeinsam

ein Zeichen und organisierten eine Protestaktion, um letztendlich den „Nazis den Stecker zu ziehen“. Unter dem Konsens der Gewaltlosigkeit fanden sich dutzende Organisationen zusammen und es kam am Tag des geplanten Konzertes zu mehreren Kundgebungen und einer Demonstration, an der sich mehr als 1.000 Menschen beteiligten; darunter Landes- und Kommunalpolitiker aus vielen Parteien, wie zum Beispiel Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (LINKE) und Schorfheides Bürgermeister Uwe Schoknecht. Die Nazigegner versperrten mit zwei Blockaden vielen Nazis über Stunden den Weg zum Konzertgelände. Die Ostseite Finowfurts war für

Nazis blockiert und der Ort war an diesem Tag nazifrei. Die Rechten hatten sich ihre Anreise sicher anders vorgestellt und mussten zum Teil 50 Kilometer Umweg in Kauf nehmen. Beide Bündnisse zogen eine positive Bilanz: Erstmals ist es gelungen, deutliche Zeichen zu setzen und das Konzert konnte um mehrere Stunden verzögert werden. Von den angekündigten 1.000 Nazis waren am Ende nur 650 vor Ort. Immernoch zu viele, jedoch war dieser Tag ein Anfang für eine neue, friedliche, aber deutliche Protestkultur in Finowfurt. Ein weiteres Konzert ist durch die Nazis unter anderem am 17. August angekündigt. Beide Bündnisse werden auch an diesem Tag zu Protesten aufrufen.

In dieser Ausgabe:

Gedenken

Der 8. Mai im Barnim

Seite 2

Arbeit

Forderungen zum 1. Mai

Seite 3

Lesung

Gegen das Vergessen

Seite 4

Bildung

Was sich ändern muss

Seite 5

Erfolgreich

Einwohnerantrag in Panketal

Seite 6

Flüchtlinge

Unterbringung im Barnim

Seite 7

LINKE treffen sich

OW-Beitrag/sw

Am **29. Juni ab 9.30 Uhr** wird die Barnimer LINKE auf einer Mitgliederversammlung den Bundesparteitag vom 15./16. Juni auswerten und sich mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes beschäftigen. Im Anschluss ist das traditionelle „Rote Grillen“ und ein Auftritt der Band „Trio Sho“ geplant.

Bernau und Wandlitz gegen Nazis

Von Thomas Sohn

Etwa 100 Menschen beteiligten sich am 18. Mai auch in Bernau an Protesten gegen Nazis (*nebenstehend*). Deren Versuche, Werbeposter zu halten, wurden durch Pfeifkonzerte, Gesänge und Sprechchöre übertönt. Als die etwa 20 Nazis Gleiches am Bahnhof Wandlitzsee und am neu bezogenen Übergangwohnheim für Asylbewerber in Wandlitz versuchten, bekundeten etwa 150 Bürgerinnen und Bürger ihren Willen für einen toleranten Umgang miteinander und ließen die Asylbewerber nicht allein: „Flüchtlinge willkommen“, war auf Plakaten zu lesen.

Bildung und Kultur nicht gegeneinander ausspielen

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender der
Barnimer LINKEN

2012 kam es im Barnimer Kreishaushalt zu Überschüssen in hoher sechsstelliger Summe, die rot-rote Landesregierung gibt in diesem Jahr 800.000 €

Kommentar

mehr an den Kreis Barnim. Im März beschloss der Kreistag einen Teil dieser Gelder, rund 450.000 €, für eine bessere Ausstattung von Schulen auszugeben, die nicht in der Hand des Kreises liegen, da vielen Kommunen schlichtweg das Geld fehlt, um beispielsweise Chemiekabinette auf dem neuesten Stand zu halten. Große Teile der SPD und CDU stimmten diesem Anliegen aus den Reihen der Linksfraktion zu. Endlich konkrete Hilfe und mehr als nur potemkinsche Dörfer hinter der „Bildungsinitiative Barnim“.

Auf einmal ist aber doch alles anders, angeblich reicht das Geld nicht. Wo holt sich also die SPD- und CDU-geführte Kreisverwaltung das Geld für die Bildung? Aus der Kulturförderung! 20.000 € für das Festival „Roadrunners“ in Finowfurt, sollen gestrichen werden. Das jährliche Großereignis lockt zehntausende Menschen aus allen Regionen an und ist ein Aushängeschild für den Landkreis. Die Kreisverwaltung teilte den Veranstaltern nun mit, dass auf Grund des Antrages der LINKEN, das bereitgestellte Geld doch nicht ausbezahlt werden könne – trotz anderer Zusagen. Das Festival steht jetzt vor dem Aus und das, weil die Kreisverwaltung, und allen voran der SPD-Landrat, Bodo Ihrke, falsch spielt.

Lieber Herr Landrat, es ist jetzt mal Schluss mit lustig. Es geht hier nicht um Parteiinteressen, sondern um Menschen, die versuchen, unsere Region mit Kultur lebens- und liebenswerter zu machen. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass die 20.000 € doch ausbezahlt werden. Spielen Sie die aktiven Menschen vor Ort nicht gegeneinander aus, Herr Ihrke. Das führt nur in die Sackgasse.

Rüdnitz. (cornua) An den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus gedachten am 8. Mai knapp 20 Bürger des Dorfes Rüdnitz. Sie hatten sich neben dem Gedenkstein auf dem Friedhof eingefunden, mit dabei Christina Straube, Bürgermeisterin des Ortes. „Das Vergessen nimmt zu“, mahnte Ortschronist Rainer Staudé in seiner Rede. „Neonazis können heute, ohne entdeckt zu werden, Menschen umbringen“, setzte er fort. 38 Rüdritzer Soldaten seien in dem verbrüderlichen Krieg gefallen. Die Sowjetsoldaten kamen schließlich als Befreier, weil sie selbst überfallen wurden. Die Niederlage des Hitlerfaschismus wurde nach Kriegsende oft als Niederlage und Schmach bewertet. Der Sieg des Sowjetsozialismus habe eine neue Chance eröffnet, ohne Krieg und mit sozialem Konzept in die Zukunft zu gehen, dass nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweint.

Bernau. (wk) Mehr als 200 Bürgerinnen und Bürger Bernaus folgten dem Aufruf des „Netzwerkes für Toleranz und Weltoffenheit“ und gedachten der Opfer von Krieg und Nazibarbarei. Unter der Regie des Stadtvorstandes und der Stadtfraktion der LINKEN fand zunächst

8. Mai im Barnim

Ehrungen zum Tag der Befreiung



Gedenkveranstaltung auf dem Rüdritzer Friedhof am Gedenkstein der Gefallenen der Sowjetarmee. Foto: cornua

die traditionelle Gedenkveranstaltung am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten der Roten Armee statt. Thomas Sohn, Vorsitzender des Stadtvorstandes der LINKEN, hob in seiner Ansprache hervor, dass an diesem Tag vor 68 Jahren ein historisch einmaliges Terrorregime endgültig zerschlagen wurde. Ungeachtet des vereinzelt antifaschistischen Widerstandes in Deutschland selbst sei dies ohne die ungeheuren Opfer der Roten Armee und den Einsatz der West-Alliierten nicht möglich gewesen, was die Frage nach den

Mechanismen aufwerfe, die dem Nazi-Faschismus zu seiner Massenbasis verhalfen. Die in jüngster Zeit wieder verstärkt zu beobachtenden Tendenzen und Taten auf Basis der faschistischen Ideologie gebieten deshalb erhöhte Wachsamkeit. Er rief dazu auf, die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft zu nutzen, um das breite Bündnis gegen rechte Gewalt weiter auszubauen und sich rechtsextremem Gedankengut zu widersetzen. Für eine tolerante, bunte und gewaltfreie Welt zu kämpfen sei angesichts der Opfer

von Faschismus und Krieg Verpflichtung. Der Vertreter der russischen Botschaft schloss sich in seiner kurzen Ansprache diesem Gedanken an. Das unermessliche Leid, das der deutsche Faschismus insbesondere den sowjetischen Völkern gebracht habe, dürfe nicht in Vergessenheit geraten.

Daran schloss sich eine von der evangelischen Jugend gestaltete Szene am Deserteur-Denkmal an, die insbesondere an Erna und Kurt Kretschmann sowie weitere Kriegsverweigerer erinnerte. Der Abend endete mit dem traditionellen Friedensessen auf dem Bernauer Marktplatz, organisiert vom Jugendclub Dosto.

Panketal. Auch an anderen Orten des Barnim war die LINKE bei den Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung präsent. So hatten die Panketaler LINKEN zu einer Kranzniederlegung am Denkmal im Goethepark eingeladen.

Werneuchen/Ahrensfelde. An den Ehrenmalen in Werneuchen, Seefeld, Blumberg, Ahrensfelde und Lindenberg legten Mitglieder der Basisorganisation der LINKEN Blumengebinde und Nelken nieder.

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann: Tel.: 03338-459543, im: Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-mail: wkb-d.enkemann@t-online.de

Wahlkreisbüro Sabine Stüber: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: sabine-stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488,
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059
Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: 13. Juni in Chorin am Bahnhof

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
3. Juni, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

nächster Kreistag: 12. Juni, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 26. Juni Thematische Sitzung: ÖPNV, 18 Uhr, Bernau, Carl-Friedrich-Benz-Straße 1;
Stadtverordnetenversammlung: 15. August 16 Uhr, Stadthalle Bernau;
fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 10. und 24. Juni, jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,
Stadtverordnetenversammlung: 27. Juni, 18 Uhr, Haus Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Regionalgruppe Cuba sí: bernau@cuba-si.org [**'solid'**]: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 5. Juli 19 Uhr „Festscheune am Bahnhof“

OW-Spendenkonto: Die LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;
Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-Mail:** offeneworte@dielinke-Barnim.de,

Download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Berit Christoffers, Veiko Kunkis, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig,
Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSDP), Margot Ziemann **Auflage:** 17.000

nächster Redaktionsschluss: 17. Juni **nächster Erscheinungstermin:** 3. Juli 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

Für gute Arbeit, sichere Renten, soziales Europa

LINKE beim 1. Mai in Eberswalde und Bernau

Von Wolfgang Krafczyk
Eigentlich sollte es nach den Plänen des DGB im Barnim nur eine zentrale Maifeier in Eberswalde geben. Doch die Bernauer LINKE ergriff gemeinsam mit der SPD die Initiative und bewegte den DGB letztlich doch zum Mitmachen. Und das Engagement hatte sich gelohnt: Mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger erlebten jeweils im Eberswalder Zentrum und auf dem Bernauer Markt eine fröhliche und abwechslungsreiche Maifeier und kämpferische Reden für mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit im Land. In der Kreisstadt hatte der Bevollmächtigte der IG Metall Ostbrandenburg, Peter Ernsdorf, in seiner Eröffnungsrede nicht nur an die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch das Naziregime erinnert und dies als Mahnung und Verpflichtung zum Handeln gegen Faschismus und Intoleranz in der Gegenwart bezeichnet, sondern auch den „brutalen Klassenkampf von oben“ in der Bundesrepublik gegeißelt. Gegen die vielerorts herrschenden menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen forderte der DGB eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Der Missbrauch von Leiharbeit, Werksverträgen, Minijobs und Niedriglöhnen müsse beendet werden. In diesem Zusammenhang wurden - wie auch bei der Podiumsdiskussion in Bernau mit



Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) im Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern in Eberswalde Foto: W. Krafczyk

dem Vorstandsmitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Reiner Bieck, Brandenburgs Wirtschafts- und Europa-minister, Ralf Christoffers (LINKE), und Olaf Mangold (SPD) - Forderungen an die Politik gerichtet wie die nach einem Entgeltgleichstel-

lungsgesetz und einem flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde.

Ralf Christoffers machte seinerseits deutlich, dass die Gewerkschaften mit der LINKEN einen verlässlichen Partner hätten. Bereits 2002 hätte die LINKE einen verbindlichen Mindestlohn

Lohnuntergrenze und Tariffreue durch LINKE in Brandenburg im Vergabegesetz durchgesetzt.



vorgeschlagen und in den Folgejahren immer wieder Initiativen ergriffen, die allerdings stets, auch von der SPD, abgelehnt wurden. Nun sei ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens in dieser Frage erreicht, so dass er mit der Einführung nach der Bundestagswahl rechnen. In Brandenburg wurden zumindest für öffentliche Aufträge im Vergabegesetz eine Lohnuntergrenze und die Tariffreue bei den sich bewerbenden Unternehmen durch die LINKE durchgesetzt. Auch die Forderungen nach Abschaffung der „Rente mit 67“ sowie die Positionen der Gewerkschaften nach mehr Mitbestimmung, Stärkung der Tarifautonomie und Begrenzung der Leiharbeit werden durch seine Partei unterstützt. In Eberswalde dankte Christoffers den Gewerkschaften für deren Teilnahme an einem konstruktiven Dialog mit der rot-roten Regierung in Brandenburg.

Spende für Kubas Kinder

Der Stand der Regionalgruppe Cuba Si mit der Compañera Vera und den Compañeros Erik und Dieter war am 1. Mai auf dem Bernauer Markt gut besucht. Die Spendensammlung „Milch für Kubas Kinder“ erbrachte 178,70 €, die auf das Konto von Cuba Si Berlin beim Parteivorstand der LINKEN überwiesen wurden. Foto: privat

Spende für Artistenmuseum



Einen Spendenscheck über 400 € des Fraktionsvereins „Die LINKE e.V.“ übergab die Bundestagsabgeordnete, Dagmar Enkelmann, am 1. Mai dem Artistenmuseum in Klosterfelde. Das Geld soll vor allem für neue Flyer genutzt werden, so der Gründer und Geschäftsführer des Museums, Roland Weise. Im Anschluss gab es eine Sonderführung, in der Weise neue Exponate über Artisten zeigte. Foto: privat

Spende für Frauenhaus



Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Sabine Stüber (rechts), am Kuchenstand der LINKEN. Der Verkaufserlös betrug 150 €. Diesen hat die Oberbarnimer Bundestagsabgeordnete noch einmal um den gleichen Betrag aufgestockt und als Spende dem Eberswalder Frauenhaus übergeben. Foto: S. Walter

Finowfurt: LINKE's Leitbild

OW-Beitrag/bc

Die Barnimer LINKE lädt am **3. Juli** um 18 Uhr im Rahmen ihrer Leitbilddebatte nach Finowfurt ein. Dabei wird es insbesondere um die ländlichen Räume gehen.

Stammtisch und Schlendermeile

OW-Beitrag/cz

Die LINKE Panketal lädt am **26. Juni ab 19 Uhr** zum nächsten Stammtisch in „Leo's Restauration“, Schönower Straße ein. An der von der Gemeinde Panketal organisierten Schlendermeile am **22. Juni** entlang der Schönower Straße in Zepernick wird sich auch die LINKE Panketal beteiligen.

Schwimmen

OW-Beitrag/bm

Seit Anfang Mai können Familien das Schwimmbad und den Wellnessbereich im SportForum Bernau preiswerter als bisher nutzen – immer samstags von 10 bis 12 Uhr in der so genannten Familienzeit. Das kostet eine Familie mit zwei Kindern jetzt 21 € gegenüber 38 € zuvor. Angeregt hatte diese Preisveränderung die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann bei einem Besuch des Sportforums. Bei der Abgeordneten waren zuvor mehrere Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen, die die entsprechenden Angebote gerade für Familien gern nutzen wollten, die geforderten Preise aber kaum bezahlen konnten.

Sommertheater

OW-Beitrag/cr

Die FRAKIMA-Werkstatt in Bernau lädt zum Sommertheater im Doppelpack: Die Jugendgruppe spielt „Das Gespenst von Canterville“ nach Oscar Wilde, die Erwachsenen des Theaters folgen mit der Farce „Das Geld liegt auf dem Amt“, frei nach M. Corney. Premiere ist am **14. Juni um 19.30 Uhr** auf dem Kulturhof, Breitscheidstraße 43a. Weitere Termine: **16. Juni, 16 Uhr, 9., 10., 16. und 17. August.** Eintritt: 5 €/ermäßig: 4 €. **Bestellungen** unter Tel.: 03338-5465. E-Mail: frakima@bernau-bei-berlin.de

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/cp

Die nächsten Termine sind:

17. Juni:

Schönwalde, Höhe Schlecker-Markt:
10 bis 11 Uhr;
Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;
Wandlitz, Nähe Lidl, 13 bis 14 Uhr;
Wandlitz, Parkplatz am Postshop, Prenzlauer Chaussee 183: 14 bis 15 Uhr;

20. Juni:

Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 9.45 Uhr;
Biesenthal, Marktplatz: 10 bis 12.30 Uhr;

Gern können Sie sich für einen Termin voranmelden im Bürgerbüro Eberswalde unter 03334-385155.

Aktuelle Touränderungen finden Sie unter

www.michael-luthardt.de

Nach den Sommerferien nimmt das Bürgermobil wie gewohnt wieder seine Touren auf. Die Termine werden in den nächsten Ausgaben der Offenen Worte veröffentlicht.

Plakate spenden

OW-Beitrag/fm

Auf der homepage: www.die-linke.de/plakatspende kann man sich einen oder mehrere Plakatstandorte aussuchen, an denen Großflächenplakate für DIE LINKE aufgehängt werden können. Konkret dafür wird der Betrag gespendet, den dieser Standort für 10 beziehungsweise 11 Tage kostet. Wenn die gewünschte Fläche frei ist und für die LINKE reserviert wird, wird der Betrag fällig. Diese Spende ist als Parteispende steuerlich absetzbar.

Frauenkonferenz

OW-Beitrag/fm

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Linke Frauen“ der Brandenburger LINKEN lädt gemeinsam mit dem Landesvorstand am **29. Juni** von 10 bis 15.30 Uhr zu einer Frauenkonferenz ein. Thema: „Brandenburg's Zukunft ist weiblich“. Ort: Bürgerhaus „Am Schlaatz“ Schilfhof 28, 14478 Potsdam. Diese Konferenz dient der Leitbilddiskussion der Brandenburger LINKEN und dem Thema „Frauenansprache während Wahlen“

Pfingstfest der LINKEN am Werbellinsee

Sprechstunde mit Sabine Stüber

OW-Beitrag/cp

Zum traditionellen Pfingstfest der LINKEN am Werbellinsee kamen wieder aus ganz Deutschland Genossinnen und Genossen, um sich auszutauschen. In diesem Jahr lud die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber zur öffentlichen Sprechstunde am Rande des Pfingsttreffens am Strand der Europäischen Jugenderholungs- und

Begegnungsstätte. Leider spielte das Wetter nicht mit und änderte sich vom vor-mittäglichen Sonnenschein zu bibberkalt und Nieselregen am Nachmittag. Unterm roten Sonnenschirm führte Stüber trotzdem angenehme Gespräche mit Genossinnen und Genossen aus Bremen und fachsimpelte mit einem Mitstreiter aus Jena bei heißem Tee und Kaffee.



Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber im Gespräch mit Genossen; Foto: Cindy Panzer

Lesung gegen das Vergessen

Auch in der Bernauer Galerie wurde der Bücherverbrennung gedacht



Von Bärbel Mierau
Unter der Losung „Wider dem undeutschen Geist“ wurden am 10. Mai 1933, organisiert von der deutschen Studentenschaft, auf dem Berliner Opernplatz Bücher von Schriftstellern und Wissenschaftlern verbrannt, deren Werke unbe-

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann hatte zur Lesung eingeladen; Foto: Bärbel Mierau

quem waren. Aus Anlass des 80. Jahrestages lud die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (LINKE) zu einer Lesung gegen das Vergessen in die Bernauer Galerie. Gemeinsam mit Felix Schwarzholz (Gymnasium Panketal), Franziska Hausding (BeSt Stadtmarketing Bernau GmbH), Prof. Jürgen Elsner (Panketal), Sylvia Pyrlík (Buchhändlerin) und Burckhard Ackermann (Ahrensfelde) las Enkelmann aus Novellen und Erzählungen sowie Gedichte von Erich Kästner, Ernst Gläser, Maxim Gorki,

Ernst Busch und Egon Erwin Kisch.

In ihren einführenden Worten erinnerte die Leiterin der Galerie, Judith Klage, daran, mit welcher Vehemenz die Nationalsozialisten gegen die großen Werke der deutschen Kultur vorgingen. Mögen nie wieder Bücher brennen, denn schon Heinrich Heine sagte im Jahr 1817: „Das war ein Vorspiel nur. Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“ – was sich einhundert Jahre später als traurige Wahrheit herausstellte.

Dubioser Wohnungs-Verkauf

Enkelmann: Fall für den Staatsanwalt

OW-Beitrag

11.500 Wohnungen der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) standen im letzten Jahr noch zum Verkauf. Das war der Rest des Bestandes an Wohnungen staatlicher Institutionen der DDR, die ins Eigentum der Bundesrepublik übergegangen sind. Mitglieder der LINKEN hatten die Wohnungsgenossenschaft „TLG FAIRWOHNEN“ gegründet, um sich am Bieterverfahren zu beteiligen. „Wir werben bei den Mieterinnen und Mietern, Mitglied der Genossenschaft zu werden“ erklärte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Dagmar Enkelmann im Juli 2012. Die Bundesregierung solle an eine Genossenschaft, nicht an Finanzhaie verkaufen, war das Ziel der Gründer. Die Bundesregierung hat jedoch zwischenzeitlich an die TAG Immobilien GmbH verkauft, die den Kauf durch zwei Tochterfirmen so abgewickelt hat, dass keine

Grunderwerbssteuer anfällt. Zudem ließ sich die Bundesregierung beim Verkauf durch dieselbe Barclays Capital Bank beraten, die auch die Bieterseite unterstützte. Das geht aus den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN hervor. „Nicht genug damit, dass die Wohnungen gegen den Willen der Mieterinnen und Mieter privatisiert wurden und die ostdeutschen Länder um 20 Millionen € Grunderwerbssteuer gebracht wurden“, kritisiert Dagmar Enkelmann. „Eine private Bank saß an beiden Seiten des Verhandlungstisches – das ist ein Insidergeschäft zu Lasten der öffentlichen Hand“, so Enkelmann weiter. „Die Bundesregierung fördert offensichtlich private Steuergewinnmodelle. Dass die Bundesregierung alles für legal und rechtens erklärt, heißt nicht, dass die Privatisierung der TLG-Wohnungen kein Fall für den Staatsanwalt ist.“

Energiewende und Naturschutz

Stüber: Nicht gegeneinander ausspielen

OW-Beitrag

Anfang Mai hat die Bundesregierung eine neue Verordnung zur Ausgleichsregelung bei Eingriffen in Natur und Landschaft (Bundeskompensationsverordnung) beschlossen. „Die Energiewende geht zu schleppend voran“, erklärte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Sabine Stüber. Die neue Verordnung soll nach Auffassung von Bundesumweltminister Altmaier zeigen, dass die Regelungen zum Erhalt eines funktionierenden Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes beitragen. „Das glaubt ihm kein Mensch“, erklärte Stüber. „Der bundesweite Ausbau der Erneuerbaren Energien und Stromnetze ist ohne erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft nicht zu haben. Dazu muss ein Umweltminister stehen und das Problem nicht kleinreden wollen.“ Der Entwurf der Verordnung war lange in der Diskussion. „Zu viele unterschiedliche

Interessen treffen aufeinander, wenn bei Bauvorhaben, wie Straßen, Industrieanlagen, Stromübertragungsnetzen oder auch Windkraftanlagen, der Naturschutz angemessen berücksichtigt und zudem bereits bestehende Regelungen der einzelnen Länder vereinheitlicht werden sollen“, erläuterte die Bundestagsabgeordnete. Damit stellt die Energiewende gerade auch den Naturschutz vor große Hausforderungen. Diese sollen durch bundeseinheitliche Ausgleichsregelungen angemessene Berücksichtigung finden. Sabine Stüber erläutert weiter: „Ob ein angemessener Ausgleich für die Natur mit dieser Verordnung machbar ist, bezweifle ich stark. Der Auslegungsspielraum ist einfach zu groß, die Verordnung wird auf Kosten der Natur gehen. So wird das hoffentlich nicht bleiben. Es sind Nachbesetzungen und etwas mehr Sorgfalt gefragt.“

Einschulung wieder mit 6 Jahren

Über Korrekturen in der Brandenburger Bildungspolitik:
Interview mit Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Das Brandenburger Bildungsministerium will, dass Kinder eingeschult werden, wenn sie bis zum 31. Juli des Jahres 6 Jahre alt geworden sind. Warum soll es wieder eine Änderung geben?

Die derzeitige Regelung (Einschulungstichtag: 30. September/Ausnahmeregelung auf Elternwunsch bis 31. Dezember) wurde erst vor einigen Jahren durch die CDU-/SPD-Landesregierung eingeführt. Bereits die ersten Erfahrungen zeigten, dass diese zu keinen besseren Ergebnissen in Bildung und Erziehung führte, aber viele Kinder überfordert waren. Außerdem verlassen die mit 5 Jahren eingeschulten unter Umständen die Schule mit 15 Jahren (oder bei Abitur mit 17) – das ist ungünstig bei der Wahl des Berufes. Einige Ausbildungen kann man erst beginnen, wenn man 16 bzw. 18 Jahre alt ist, so dass man zu diesem Zeitpunkt dann ggf. ein Jahr warten muss. Auch viele Eltern der zwischen Juli und September erst 6 Jahre alt werdenden Kinder befanden sich in der Zwickmühle, einen Rückstellungsantrag zu stellen: Denn durch Vorbildung in der Kita erfüllten die meisten Kinder die Voraussetzung für die Einschulung. Aber Eltern hatten oft ein ungutes Gefühl bei den so genannten sozialen Kompetenzen der Kinder. Auch die tatsächlichen Rückstellungen der Kinder haben sich von 6 Prozent auf 12 Prozent erhöht. Deshalb ist es folgerichtig, dass, wenn man einen Fehler erkennt, diesen auch korrigiert. Dafür ist eine Änderung des Schulgesetzes nötig, so dass die Neuregelung ab 2014/2015 oder dem darauffolgenden Jahr gelten kann. Im Übrigen soll es weiterhin Ausnahmen zum Einschulungsalter auf Antrag der Eltern geben.

Die Kommunen müssen dann für Kinder, die zwischen August und September geboren wurden, Kitaplätze für ein weiteres Jahr bereithalten. Wie werden sie vorbereitet?

Das Brandenburger Bildungsministerium muss

dies mit den Kommunen beraten. Allerdings lasen sich erste Zeitungsberichte so, als wenn die Regelung sofort – also ab August 2013 – gelten soll. Das führte zu Unmut bei den Kommunen, die langfristig und demografienau ihre Plätze planen.

Ab 4. Klasse werden in Brandenburg Vergleichsarbeiten geschrieben. Bildungspolitiker der LINKEN sind für die Abschaffung der Arbeiten in der 6. Klasse. Warum?

Sie begründen dies mit dem Abbau von Stresssituationen für Lehrer und Schüler. Ich bin da anderer Auffassung. Ich denke, es muss eine Möglichkeit geben, den Wissensstand der Schülerinnen und Schüler der unterschiedlichen Schulen miteinander zu vergleichen und Stärken und Schwächen der einzelnen Schulen zu erkennen und damit auch Verbesserungen zu erwirken. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass es in einer Leistungsgesellschaft wie der deutschen nur gut sein kann, wenn Jede und Jeder sich mit seinem Leistungsstand auch selbst einordnen und Schlussfolgerungen ziehen kann. Ich weiß aber auch, dass viele Eltern der Auffassung sind, dass eine Schule ohne Zensuren und ohne Druck die bessere Schule ist. Allerdings gingen die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten mit derzeit 20 Prozent (ursprünglich 40 Prozent) in die Note ein, mit der eine Bewerbung für die gymnasiale Oberstufe erfolgte. Das wiederum halte ich auch für falsch.

Im April hat das Verwaltungsgericht Frankfurt/O. einem Lehrer Recht gegeben, der die Kostenerstattung für eine Klassenfahrt vom Land forderte. Bisher hat Brandenburg nur etwa 20 Prozent der Kosten für Lehrer erstattet, 150.000 € stehen im Jahr zu Verfügung. Wie geht es weiter?

Wir LINKEN halten Klassenfahrten für unbedingt nötig – sie sind keine Privatangelegenheit der Lehrer, sondern Dienstreisen, die vergütet werden müssen.



Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (LINKE) übergab Mitte Mai in Durban, Südafrika, Spenden, damit auch hier Bildungsprobleme gelöst werden können: Ein Projekt zur Lehrerqualifizierung erhielt Geld, außerdem sollen Unterrichtsmaterialien für naturwissenschaftliche Fächer beschafft werden. Hier sind noch immer die Auswirkungen der Apartheid zu spüren: (Schwarze) Lehrer unterrichten bis 80 Schüler pro Klasse, zwei Generationen qualifizierter Lehrkräfte fehlen, weil ihre Ausbildung erst vor 20 Jahren begann. Nun sollen Ausbildungsstands verbessert werden. Foto: Rogan Ward

Dank der Klage des Lehrers vor dem Verwaltungsgericht wurde öffentlich, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht nur Zeit und Verantwortung auf sich nahmen, mit ihren Klassen gemeinsame Fahrten zu unternehmen, sondern diese auch noch selbst bezahlen mussten.

Das Bildungsministerium hatte im April alle Genehmigungen für Klassenfahrten gestoppt, im Mai aber wieder korrigiert. Nun sollen für alle Klassen- und Schulfahrten, die bereits geplant sind oder zu regelmäßigen Planungen der Schulen gehören, Genehmigungen erteilt werden. Die Lehrerinnen und Lehrer sollen für genehmigte Klassen- und Schulfahrten die Erstattung der Reisekosten beantragen können. Das Bildungsministerium avisiert 6/10 statt der bisher genehmigten 2/10 der Kosten. Außerdem ist eine für den Herbst 2013 geänderte Rechtsgrundlage für Schulfahrten ab dem Schuljahr 2014/2015 angekündigt. Die LINKE wird vor allem auch auf die Finanzierung achten, Schätzungen liegen bei 500.000 € pro Jahr statt der bisher geplanten 150.000 €.

Zum nächsten Schuljahr hätte die so genannte In-

klusion umgesetzt werden sollen. Dieses Projekt wurde gestoppt. Warum?

Die LINKEN sehen darin einen Weg zu „Einer Schule für alle“ und zur Überwindung des gegliederten Schulsystems. Allerdings halten wir dies für ein großes – vielleicht das größte – bildungspolitische Reformprojekt, das nicht in wenigen Jahren zu realisieren ist. Soll Inklusion wirklich gelingen, darf sie nicht übereilt und hektisch durchgeführt werden. Deshalb haben wir eine Schulgesetznovelle zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. Es bedarf vorher gründlicher Debatten und der Schaffung von entsprechenden personellen, finanziellen und sächlichen Voraussetzungen. Inklusion zum Nulltarif würde scheitern. Außerdem müssen alle Beteiligten (Schüler, Eltern) sie wirklich wollen und können (Lehrer). Es müssen mehr Lehrerstellen vorgehalten werden und die Lehrer müssen entsprechend ausgebildet werden. Dazu wurde von der „rot-roten“ Landesregierung ein neues Lehrerbildungsgesetz verabschiedet, wonach jeder Lehrer Ausbildungsanteile in allgemeiner Inklusionspädagogik absolvieren muss.

Rechtsanspruch auf Kita-Platz

OW-Beitrag/bc

Ab August haben alle Kinder ab dem 1. Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz bzw. einen Betreuungsplatz bei einer Tagesmutter. Das ist auch für Brandenburg eine Neuerung, eine Entscheidung der damals noch CDU-/SPD-Landesregierung wird damit aufgehoben. Denn derzeit gilt: Ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gilt erst ab dem 3. Geburtstag des Kindes; für Kinder die jünger sind, besteht der Anspruch nur, wenn beide Eltern berufstätig oder in Ausbildung sind. Der Umfang der Betreuung muss dazu gesondert genehmigt werden und richtet sich zum Beispiel nach Arbeitszeit und -weg. In Brandenburg gibt es rund 1.800 Kitas und 1.270 Tagesmütter. Fast 80 Prozent aller zweijährigen Kinder besuchen eine Kindertagesbetreuung, bei den Einjährigen sind es 60 Prozent. Die „Rot-rote“ Landesregierung hatte zum Oktober 2010 den Betreuungsschlüssel in den Kitas verbessert: für jeweils sechs 0- bis 3-jährige und jeweils zwölf 3- bis 6-jährige steht seitdem eine Erzieherin/ein Erzieher zur Verfügung.

Gesundes in der Kita Arche Noah

Von Cindy Panzer

Die Bundestagabgeordnete Sabine Stüber und die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig (beide LINKE) spendeten auch in diesem Jahr wieder für die Abschlussfahrt der Einschulkinder der Evangelischen Kita „Arche Noah“ in Eberswalde. Den Termin zur symbolischen Scheckübergabe nutzte Stüber, um gemeinsam mit den Kindern in der neu eingerichteten Kinderküche ein gesundes Frühstück zuzubereiten. Emsig wuselten die Kleinen, um Gemüse und Obst zu waschen und zu schneiden, Wurst und Käse auf Teller zu verteilen, Stullen zu schmieren und sogar Bananenquark selbst zu machen. Höhepunkt war natürlich das Verkosten und Verputzen der leckeren Speisen. Leider gehen manche Kinder morgens immer noch ohne Frühstück aus dem Haus oder greifen zu Süßem.

GEZ-Befreiung

OW-Beitrag/cp

Seit dem 1. Januar 2013 erhebt die GEZ einen Rundfunkbeitrag. Dabei gilt das Prinzip: eine Wohnung – ein Beitrag.

Unter bestimmten Bedingungen kann jedoch weiterhin eine Befreiung oder Ermäßigung des Beitrags beantragt werden. Das gilt zum Beispiel für Bewohner in Altenpflegeheimen mit vollstationärer Betreuung oder in vollstationären Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung. Befreiungen können auch beantragen: Bewohner von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz, Ausbildungsförderung, Blindenhilfe, Grundversicherung, Hilfen zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Pflege oder Pflegegeld. Menschen mit Behinderungen, Taubblinde sowie sogenannte „Härtefälle“ gehören auch dazu. In jedem Fall ist ein Befreiungsantrag, mit Nachweisen versehen, einzureichen. Nähere Einzelheiten unter: www.rundfunkbeitrag.de

Dispo-Zinsen senken!

OW-Beitrag/bc

Die Europäische Zentralbank hat im Mai erneut den Leitzins gesenkt, auf 0,5 Prozent. Die nach wie vor überhöhten Dispositions- und Überziehungszinsen hat der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Brandenburg, Christian Görke kritisiert. Sowohl für Menschen mit geringem Einkommen als auch für Normalverdiener und Geschäftsleute sowie aus wirtschaftlicher Sicht seien die hohen Zinsen von durchschnittlich 10,27 Prozent eine Belastung; im übrigen fast doppelt so hoch wie in Österreich. Görke erwarte, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Brandenburg wegen ihrer Gemeinwohlorientierung moderatere Zinssätze anbieten. „Unabhängig davon wird sich die »rot-rote Koalition« in Brandenburg im Bundesrat weiterhin für eine gesetzliche Deckelung bei Dispositions- und Überziehungskrediten einsetzen“, so Görke.

Einwohnerantrag erfolgreich

Gemeindevertretung Panketal beschließt Gebührenmodell zur Finanzierung von Investitionen im Trinkwasserbereich

Von Christel Zillmann
Gemeindevertreterin

Die Anstrengungen der Bürgerinitiative „Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser“ für einen Einwohnerantrag mit gleichlautendem Wortlaut haben sich gelohnt: 5.000 Unterschriften für den Einwohnerantrag beeindruckten offensichtlich nicht nur die Verfechter von Beitragserhebungen, sondern übertraf selbst die Erwartungen der Befürworter eines Gebührenmodells. Dank dafür gilt den vielen Helfern, Vereinen, Gewerbetreibenden, Institutionen und Einrichtungen, die mit ihrem Einsatz zum Erfolg beigetragen haben. Angesichts der über 5.000 Unterschriften für den Einwohnerantrag hat die Gemeindevertretung am 22. April dem überwältigenden Bürgervotum entsprochen

und der Umstellung der Trinkwasserfinanzierung auf das Gebührenmodell zugestimmt, nachdem dies in den vergangenen Monaten zweimal mehrheitlich abgelehnt wurde.

Leider blieben die Fraktionen von „CDU/UA/FDP“ und „B90/Grüne“ mit zum Teil abenteuerlichen Begründungen bei ihrer sturen Ablehnung der Umstellung auf eine Gebührenfinanzierung. Da jedoch alle anwesenden Mitglieder der Fraktionen „DIE LINKE“, „Bündnis Panketal“ und „Wir für Panketal“ erneut für das Gebührenmodell stimmten und sich diesmal auch Britta Stark und Hubert Michel von der SPD-Fraktion dafür entschieden, der Bürgermeister und weitere 5 SPD-Mitglieder sich der Stimme enthielten, gab es mit 12:10 Stimmen zwar ein knappes Ergebnis,

aber ein mehrheitliches „Ja“ für den Einwohnerantrag. Damit erfolgt in Panketal künftig die Refinanzierung der Investitionen im Trinkwasserbereich ausschließlich über Gebühren, was erheblich rechtssicherer, planbarer und vor allem sozialverträglicher ist als die Erhebung von hohen Beiträgen entsprechend Grundstückgrößen. Die Bürgerinitiative sieht sich nach diesem Erfolg bestätigt, dass es im Sinne einer tatsächlichen demokratischen Mitwirkung der Bürger in der Kommunalpolitik unerlässlich ist, bei wichtigen Entscheidungen der Gemeindevertretung wie zum Beispiel zum Straßenbau, zur Schulentwicklung und eben auch zur Entwicklung des Eigenbetriebes „Kommunalservice Panketal“ die Bürger rechtzeitig an den Entscheidungen zu beteiligen.

Die Mehrheit der Panketaler Bürger, das wurde im Verlauf der erfolgreichen Initiative immer wieder betont, will, dass ihre Abgeordneten ihrem Mandat entsprechend als Interessenvertreter der Bürger handeln. Was sie ganz entschieden ablehnen ist ein bewusstes Ausspielen von zum Beispiel „Alteingesessenen“ mit historisch bedingt großen Grundstücken gegen sogenannte „Neuansiedler“. Eine nicht zuletzt auch politisch motivierte Verunglimpfung von einzelnen Abgeordneten schadet der Motivation zum Miteinander der Bürgerschaft.

Die Bürgerinitiative will weiter mit den Bürgern im Gespräch bleiben. Eine Möglichkeit bietet sich während der diesjährigen Schlendermeile am 22. Juni. Am Informationsstand der Bürgerinitiative wird sich Gelegenheit bieten, Fragen, Vorschläge und Kritiken in Vorbereitung einer durch die Fraktionen „DIE LINKE“, „Bündnis Panketal“ und „Wir für Panketal“ beantragten Einwohnerversammlung zum Thema Trinkwasserfinanzierung heranzutragen.

LINKE Landtagsfraktion spendet 5.500 € an Behindertenverband

Am 16. Mai übergaben der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Christian Görke (Mitte) und sein Kollege Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (links) in Potsdam einen Scheck über 5.500 € an den Allgemeinen Behindertenverband Brandenburg (ABB) e.V. Damit unterstützt die Fraktion das Angebot „Erlebnisfreizeiten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen“. Der stellvertretende ABB-Vorsitzende Thomas Kroop (rechts) nahm den symbolischen Scheck entgegen. Den Betrag von 5.500 € spendeten die LINKEN aus ihrer rückwirkenden Diätenerhöhung.

Foto: DIE LINKE LTF BRB



Alternativen für Öffentlichen Nahverkehr

Zum Artikel von Sebastian Walter „Fahrpreiserhöhungen“ in OW April/Mai

Von Klaus Namokel
Es ist ja gut, dass sich der Kreisvorstand der LINKEN mal diesem Thema widmet. In der Öffentlichkeit - und zum Teil im genannten Artikel - wird leider auf die Problematik insbesondere der Finanzierung des ÖPNV (Straße und Bahn) zu kurz eingegangen. Zur Erinnerung: Auf Beschluss aller Legislativen und Exekutiven der BRD wurde die Finanzierung und damit Organisation des ÖPNV den Ländern übertragen (der Staat gibt einen jährlichen Zuschuss, zusätzlich gibt es Gelder aus der sogenannten „Spaghetti-Finanzierung“). Die Länder Berlin und Brandenburg haben mit der praktischen

Durchsetzung den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) beauftragt. Entsprechend Vorgaben des BVG sind Regionalverkehre grundsätzlich auszuschreiben, obwohl dies so in der Richtlinie der EU nicht bindend gefordert wird. Der VBB macht hiervon regen Gebrauch und hat gegenwärtig 40 Unterneh-

Leserpost

men, darunter 11 private Busunternehmen, mit der Durchführung der Beförderungsleistungen beauftragt – ob dies nun billiger ist, sei angezweifelt. Schließlich will letztendlich der VBB als GmbH und jedes Unter-

nehmen verdienen. Hinzu kommen Vorgaben des BGH über die bindende technische Ausgestaltung der Stationen – egal, ob der Zug nun „im Takt“ oder nur gelegentlich hält. Ein weiterer Kostendruck sind unter anderem die angeblich ständig neuen Fahrzeuge, ihre Ausgestaltung nach Kundenwünschen einschließlich der Farbgebung, die zusätzlichen Zugängen (als Beispiel: der RE 3 fuhr vor ca. 7 Jahren mit 3 Wagen, heute sind es bis zu 5 Wagen) – also Verlängerung der Normlängen der Bahnsteige über die ursprünglich vereinbarte Länge und ihre Höhenanpassung. Nebenbei: Die Personalkosten betragen nur

ca. 41 Prozent und steigen durch „Tariftrickserie“ nicht wesentlich. Übrigens: Gewinne der Deutsche Bahn AG haben nichts mit dem VBB zu tun und „man“ fährt auch nicht mit der DB AG, ODEG, NEB usw. sondern mit dem VBB – das ist schon ein Unterschied bei der Aufteilung der Einnahmen. Ich bin ja gerne bereit, mich vor einem interessierenden Gremium zur Gesamtproblematik zu äußern – bisher war die Resonanz aber sehr gering. Die LINKE sollte zumindest Konzepte entwickeln, wie der MIV (Motorisierter Individualverkehr) zu Gunsten des ÖPNV eingeschränkt werden kann. Ideen gibt es zur Genüge.

Und sie bewegt sich doch ...

Buchlesung „Gegen das Vergessen“ mit Sabine Stüber in Eberswalde

Von Cindy Panzer
„Und sie bewegt sich doch ...“ – Dieser Satz aus Brechts „Leben des Galilei“ steht exemplarisch für Auflehnung und Widerstand, den die meisten Autoren, deren Werke am 10. Mai 1933 von den Nazis öffentlich verbrannt wurden, zum Ausdruck bringen wollten. Brecht war nur einer von vielen Literaten, die von den Nazis wegen ihres pazifistischen, kommunistischen oder jüdischen Hintergrundes verboten wurden. Ihre Ansichten passten nicht zu den Gleichschaltungsplänen der Faschisten. Um an diese Geschehnisse vor 80 Jahren zu erinnern, veranstaltete die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber am 27. Mai 2013 eine

„Lesung gegen das Vergessen“. Mit ihr zusammen las Waltraud Werner, Lehrerin aus Klobbicke. Frau Werner trug Szenen aus Bertha von Suttners „Die Waffen nieder“ vor. Die 1843 geborene Aristokratin verscrieb sich dem Pazifismus und erhielt für ihr Wirken 1905 den Friedensnobelpreis. Sabine Stüber las aus Maria Leitners „Hotel Amerika“.

Die Ungarin war Mitglied in der Kommunistischen Partei Ungarns und berichtete verdeckt als Journalistin immer wieder aus Nazideutschland.

Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber während der Lesung, links neben ihr Moderator Uli Jeschke.

Foto: Cindy Panzer



„Hotel Amerika“ beschreibt die Lebens- und Arbeitsbedingungen von einfachen Menschen, zumeist Zuwanderern in einem „Nobelho-

tel“, das wegen seiner realen Widerspiegelungen vor allem in der bürgerlichen Welt der 30/40er Jahre auf Ablehnung stieß.

Wie viel Wald ist genug Wald?

Diskussion in Chorin mit Landtagsabgeordnetem Michael Luthardt

Von Fee Zanke
Am 7. Mai fanden sich Fachleute und Interessierte aus den Bereichen Forst, Natur- und Umweltschutz im Choriner Bahnhof mit Dr. Michael Luthardt (DIE LINKE) zusammen, um über die Frage „Wie viel Wald ist genug Wald?“ zu diskutieren. Als Eingangsthese stand die Überlegung, ob im Blick auf zunehmende Flächen-nutzungskonkurrenzen und

Verlust von Biodiversität wirklich quantitativ mehr Wald benötigt wird oder nicht viel mehr Wert auf qualitative Aspekte im Waldbau gelegt werden sollte. In der Diskussion ergab sich die eindeutige Position, dass von der Einhaltung eines 1:1 Flächenausgleiches nicht abgewichen werden sollte. Dies schließe die qualitative Aufwertung von Teilflächen allerdings nicht

aus. Während der Flächenverlust durch Versiegelung und Infrastruktur zunimmt, steigt die Konkurrenz der Nutzungsformen auf den verbleibenden Flächen. Um Waldflächen für z.B. alternative Energieformen und Infrastrukturmaßnahmen an geeigneter Stelle zur Verfügung stellen zu können, braucht es Ausgleichsflächen. Die Forstverwaltung wie auch die Regionalpla-

nungsbüros klagen dabei zunehmend über deren Mangel. Kritisch wurde bemerkt, dass zudem teilweise in der Beschreibung der Flächen nicht alles eindeutig ausgewiesen sei. Das mache die Beurteilung, ob tatsächlich ausreichend Waldbestand existiere, unzuverlässig. Den Ausführlichen Bericht zur Veranstaltung finden Sie auf der Webseite www.michael-luthardt.de.

Ausbau der Stromnetze

OW-Beitrag/bc

„Der Ausbau der Stromnetze ist dringend notwendig. Andernfalls ist der weitere Umbau der Energieversorgung zu einem überwiegend auf erneuerbaren Energien basierendem System nicht möglich“, erläuterte Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers Ende Mai bei der Veröffentlichung einer Studie zu einem neuen Netzausbaukonzept zum Anschluss von Erneuerbare-Energien-Anlagen im Verteilernetzbereich. „Gleichzeitig müssen die Stromkosten für Bürger und Wirtschaft bezahlbar bleiben“, betonte Christoffers eine oberste Priorität seines Ministeriums. Der Netzausbau muss deshalb nicht nur die Belange der davon Betroffenen berücksichtigen, sondern auch die Kosten im Blick haben.

Bürgerentscheid für Grundschule

OW-Beitrag/bc

Am **18. August** wird es in Panketal einen Bürgerentscheid für eine dritte Grundschule geben. Der Bürgerentscheid ist ein Wahlverfahren, bei dem ein genormter Wahlschein verwendet wird, mit dem sich wahlberechtigte Panketaler für oder gegen den Neubau einer dritten Grundschule entscheiden können. Die Wahl erfolgt am Wahltag oder per Briefwahl. Hintergrund des Bürgerentscheids ist, dass der ursprünglich vorgesehene Bau einer dritten Grundschule in der Schönower Straße nun doch nicht erfolgen soll, sondern an der ohnehin größten Grundschule Brandenburgs in Zepernick nochmals eine Erweiterung erfolgen soll. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative wirbt auch die LINKE für einen dritten Schulstandort.

Flüchtlinge in Wohnungen

OW-Beitrag/bc

Der Sozialausschuss des Kreistages beschloss am 22. Mai ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen im Barnim. Eine Arbeitsgruppe hatte auf Beschluss des Kreistages vom Februar eine Vorlage dazu erarbeitet. Auf dieser Grundlage sollen Asylbewerberinnen und Asylbewerber künftig in Wohnungen untergebracht werden. Dazu sind mehr Sozialarbeiter als bisher nötig. „Die Arbeitsgruppe hat schnell und gut gearbeitet“, freute sich Kerstin Mutz (LINKE), die Vorsitzende des Ausschusses. Ziel sei, das Übergangwohnheim in Althüttendorf zu schließen. „Das geht auf eine Initiative der LINKEN zurück“, betonte Mutz. Das Konzept wird dem Kreistag am 12. Juni zur Beschlussfassung vorliegen.

Wieder Geld für Ökobauern

OW-Beitrag/bc

Ab 2014 sollen Bauern, die ihren Betrieb auf ökologische Landwirtschaft umstellen, in Brandenburg wieder gefördert werden. Anträge wird das Agrarministerium ab November entgegennehmen. Allerdings sei noch nicht klar, wie hoch die Förderung für Landwirte werde. „2014 beginnt eine neue Förderperiode in der Europäischen Union“, erläutert Brandenburgs Europaminister Ralf Christoffers, in dessen Zuständigkeit zwar nicht die Landwirtschaft fällt, der jedoch mit den Verfahren in Brüssel vertraut ist. „Bis Juni wollen sich die Agrarminister über die Höhe der Förderung einigen. Dennoch muss man ab 2014 mit Übergangsvorschriften rechnen. Die nutzt Brandenburg nun, um die Öko-Förderung für weitere Betriebe zu öffnen.“

Auf dem rechten Auge blind

Von thoberg (stark gekürzt)
Einer Provinzposse gleich gestaltete sich das Vorspiel zum Prozess Bundesrepublik Deutschland gegen

Kommentar

NSU. Genauso peinlich wie das Vorspiel um die Vergabe der gesetzlich sehr begrenzten Presseplätze wird sich die Aktenlage zu den Tatsachen gestalten.

Die föderale Grundstruktur dieser Bundesrepublik in Zeiten moderner Kommunikation und Vernetzung stößt an ihre Grenzen. Auf gesellschaftlich wichtigen Gebieten wie innere Sicherheit wird wie zu ihrer Gründung immer noch auf das jeweilige Landesinteresse gesetzt. Jedes Bundesland verfolgt so je nach politisch orientierter Parlamentsmehrheit seine Interessen: Rechts ausblenden ... aber das linke Auge ist umso schärfer gestellt.

Zur gleichen Zeit, als die NSU-Täter mordend quer durch Deutschland von einem Bundesland ins andere zogen, wurde DIE LINKE und ihre demokratisch gewählten Parlamentsvertreter von den Verfassungsschützern der jeweiligen Länder beobachtet und sogar Telefongespräche protokolliert. Zumindest auf dem linken Auge klappte die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesverfassungsschützern. Warum nicht auf dem rechten Auge? Diese Frage wird im NSU-Prozess sicher kaum zur Sprache kommen.

Wer gegen Ausländer ist, ist konsequenter Weise auch gegen ausländisches Wirtschaftskapital. Knapp 72 Prozent des investierten Kapitals in Konzerne, Banken, Groß- und mittelständische Unternehmen (Statistisches Bundesamt 2/2012) in Deutschland sind ausländisches Kapital. Wenn ausländisches Wirtschaftskapital aus Deutschland verschwinden würde, würde das für die deutsche exportorientierte Wirtschaft einen Arbeitsplatzverlust von rund 70 Prozent bedeuten.

Wollen wir das? DIE LINKE nicht! Jeder ausländische Investor, der sich an gewerkschaftliche Tarifvereinbarungen hält, ist uns willkommen!

